

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography/Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Bestimmt das Einkommen die Demografie?

Die Lebenserwartung sozial höherer Schichten übertrifft jene der geringeren Einkommensgruppen; während diese Beziehung weitgehend als bewiesen gilt, so sind das Ausmaß und die Entwicklung der Differenzen in der Lebenserwartung unterschiedlicher sozialer Gruppen oft unklar. Anhand eines umfangreichen Datensatzes der deutschen Rentenversicherung zeigt der erste Beitrag, dass der Unterschied der Lebenserwartung zwischen Männern niedriger und hoher Renten über die Zeit gestiegen ist. Im Westen Deutschlands ist dieser auf 4,8 Jahre und im Osten auf 5,6 Jahre im Jahr 2008 angewachsen. Das heißt, während Rentner mit hohen Bezügen eine Lebenserwartung von 84,3 Jahren genießen, liegt diese für gleichaltrige Rentner mit geringen Bezügen nur bei 79,8 Jahren. Es sind vor allem Rentner höherer Einkommen, welche in Ostdeutschland ab Mitte der 90er Jahre großteils zur Reduktion des Ost-West-Gefälles in der Mortalität beigetragen haben und den Anstieg der Unterschiede zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken Rentnern erklären.

Auch in der Familienpolitik ist das Einkommen eine wichtige Determinante. Die Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 in Deutschland zielte darauf ab, die finanzielle Unterstützung der Familien an das Einkommen vor der Geburt zu koppeln. Ebenso versuchte man einen Anreiz zu setzen, Väter in die Elternzeit einzubinden. Der zweite Beitrag untersucht, wie viele Väter das Elterngeld für welchen Zeitraum in Anspruch genommen haben. Es zeigt sich, dass Väter mit höherer Wahrscheinlichkeit Elterngeld beziehen, wenn deren Frauen ein höheres Einkommen aufweisen, selbstständig oder noch in Ausbildung sind. Finanzielle Interessen, aber auch die Notwendigkeit der Unterstützung in unterschiedlichen Lebenssituationen bestimmen daher das Ausmaß und die Dauer, mit welcher Väter das Elterngeld in Anspruch nehmen.

Dass familienpolitische Maßnahmen jedoch nicht umgehend zu Änderungen der Fertilität führen und dies auch nicht das Ziel einer Familienpolitik sein darf, zeigt der dritte Beitrag. Während finanzielle Unterstützungen früher im Mittelpunkt der Familienpolitik standen, werden der Ausbau familienfreundlicher Infrastruktur und die Möglichkeit für Auszeiten für junge Eltern in den letzten Jahren forciert. Das Wohl der Kinder, der Familie und der Gesellschaft sollte das Ziel sein und nicht die Höhe der Fertilität. Regionale Unterschiede in der Familienpolitik sowie eine komplexe Kompetenzverteilung zwischen Bund, Bundesländern und Kommunen erschweren jedoch oft die Wirksamkeit der familienpolitischen Maßnahmen.

Alexia Fürnkranz-Prskawetz

Lebenserwartung

Arme sterben jünger

Die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten wachsen

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt seit Jahren. Profitieren können alle Bürger von diesem Anstieg – aber nicht gleichermaßen: Im Jahr 2008 etwa durften einkommensstarke 65-Jährige noch mit einer weiteren Lebenszeit von 20 Jahren rechnen. Ihren Altersgenossen mit sehr niedrigen Renten blieben dagegen nicht einmal mehr 15 Jahre.

Nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich damit zu? Sinkt die Lebenserwartung sozial niedriger Schichten vielleicht sogar? Fragen, die immer wieder auftauchen und auf die es oft schnelle, nicht immer richtige Antworten gegeben hat. Eine Studie des Rostocker Max-Planck-Instituts für demografische Forschung (MPIDR) hat hierzu nun umfangreiche Daten der deutschen Rentenversicherung ausgewertet, die 86 Prozent der männlichen Bevölkerung erfassen. Vladimir Shkolnikov und Domantas Jasilionis vom MPIDR sowie Eva Kibele vom Zentrum für Bevölkerungsforschung an der Universität Groningen konnten in dieser

Studie zeigen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung zwar in allen Schichten steigt, bei Männern mit sehr niedrigen Renten aber wesentlich langsamer als bei besser gestellten Altersgenossen.

Wer gut verdient hat und eine hohe Rente bezieht, konnte diese Mitte der 90er Jahre gut drei Jahre (Westdeutschland) beziehungsweise sogar dreieinhalb Jahre (Ostdeutschland) länger genießen als Männer, die eine niedrige Rente bekamen. Und diese ohnehin schon erheblichen Unterschiede vergrößerten sich in den vergangenen Jahren sogar noch: Bis zum



Abb. 1: Verbleibende Lebenserwartung mit 65 Jahren nach Einkommensgruppen in Jahren: Wer eine hohe Rente (65 Rentenpunkte und mehr) bezieht, kann diese in der Regel auch länger genießen als Ruheständler mit sehr geringen Bezügen (30 bis 39 Rentenpunkte). Quelle: Eigene Berechnungen, Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung: FDZ-RV—SUFRTBNRTWF93-D8TDemoKibele

Jahr 2008 stieg der Abstand zwischen den beiden Gruppen im Westen um eineinhalb Jahre auf 4,8 Jahre und im Osten sogar um zwei Jahre auf 5,6 Jahre (vgl. Abb. 1 und 2). Das heißt, 65-Jährige mit sehr kleinen Renten durften im Jahr 2008 mit einer Lebenserwartung von 79,8 Jahren rechnen. Für gleichaltrige Rentner mit hohen Bezügen ergab sich dagegen eine Lebenserwartung von 84,3 Jahren.

Frauen wurden bei der Analyse ausgeschlossen, weil sich ihr Einkommen nur schwer ermitteln lässt. Denn zumindest in Westdeutschland speist es sich oft nicht nur aus eigenen Einkünften, sondern zum Teil aus dem Gehalt und der Rente des Ehemannes. Auch Männer mit Migrationshintergrund oder Ausländer wurden nicht berücksichtigt, weil sie oft eine unvollständige Erwerbsbiografie haben.

Die verbleibenden Rentner teilten die Demografen nach den Rentenpunkten ein, die sie im Laufe ihres Erwerbslebens gesammelt hatten (s. Glossar). Von den sechs Einkommensgruppen zogen sie die Gruppe mit den niedrigsten Renten (30 bis 39 Rentenpunkte) sowie die Gruppe mit den höchsten Renten (über 65 Rentenpunkte) für ihren Vergleich heran. Außerdem verglichen sie Arbeiter mit Angestellten. Um die Sterblichkeit dieser vier Gruppen gegenüberstellen zu können, wählten die Forscher zwei verschiedene Maßeinheiten: Sie prüften, wie hoch die Sterberate in den jeweiligen Gruppen pro Jahr war (vgl. Tab. 1). Und sie ermittelten die verbleibende Lebenserwartung der 65-Jährigen (vgl. Abb. 1).

Das Ergebnis ist eindeutig: In allen untersuchten Zeiträumen haben einkommensschwache Rentner die höchste, einkommensstarke Rentner die niedrigste Sterblichkeit. Mit der Zeit wurden die Unterschiede bei den Sterberaten und der Lebenserwartung ab 65 Jahren sogar noch größer. Vor allem ab Mitte der 90er Jahre zeigt sich, dass die Lebenserwartung einkommensschwacher Rentner verhältnismäßig langsam ansteigt. Innerhalb weniger Jahre wächst der Abstand auf die Lebenserwartung von besser gestellten Rentnern gleich um mehrere Monate. Ab der Jahrtausendwende verlangsamte sich dieser Trend in Westdeutschland ein wenig. In Ostdeutschland dagegen steigt die Lebenserwartung der 65-Jährigen mit hohem Einkommen bis 2002 außergewöhnlich rapide an. Ihre Sterblichkeit war sogar entgegen dem allgemeinen Ost-West-Gefälle geringer als die der einkommensstarken Rentner in Westdeutschland. Damit müssen sie,

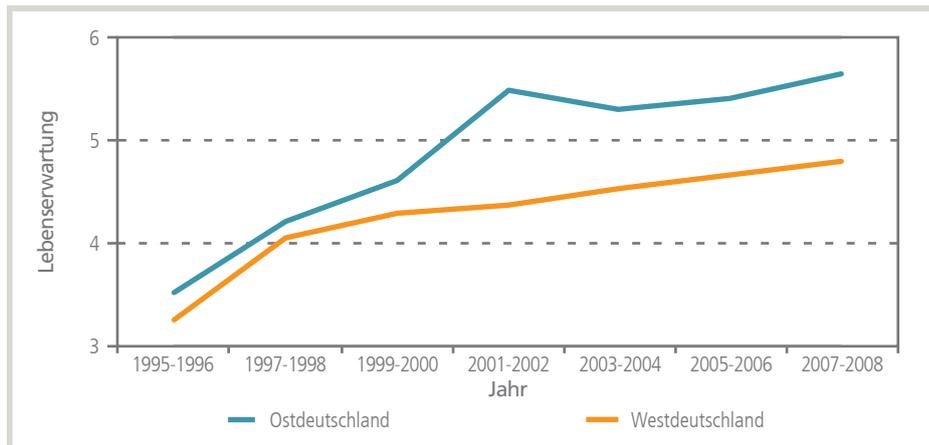


Abb. 2: Bei der Lebenserwartung ist die Kluft zwischen Arm und Reich in den vergangenen Jahren gewachsen: Die Grafik zeigt, wie viele Jahre ein 65-Jähriger mit hohem Lebenseinkommen länger lebt als ein Ruhestandler mit sehr geringen Bezügen. Quelle: Eigene Berechnungen, Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung: FDZ-RV—SUFRTBNRTWF93-D8TDemoKibe

so schlussfolgern die Autoren, auch einen maßgeblichen Anteil an dem enormen Wachstum der Lebenserwartung in Ostdeutschland nach der Wende und dem starken Rückgang des Ost-West-Gefälles gehabt haben.

Ab 2003 aber nehmen auch in Ostdeutschland die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen nicht mehr ganz so stark zu. Weiterhin bleibt es aber sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland dabei, dass gut verdienende Rentner mehr von der steigenden Lebenserwartung profitieren als die Gruppe mit den geringsten Renten.

Die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sind geringer als zwischen den Einkommensgruppen (vgl. Tab. 1). Sie stiegen ebenfalls ab Mitte der 90er Jahre an, blieben danach aber stabil oder nahmen sogar ab. Allerdings ist die Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten recht grob, weil sie die Grenzen zwischen den sozialen Schichten und die Hierarchien im Arbeitsleben nur unzureichend abbildet. Dass sich dennoch auch hier verhältnismäßig große Unterschiede zwischen den beiden Gruppen nachweisen lassen, bestätigt einmal mehr das zentrale Ergebnis der Studie: Einkommensschwache profitieren weniger stark von der steigenden Lebenserwartung als finanziell besser Gestellte.

Durch den Ausschluss von Ausländern, Beamten und Selbstständigen sowie Männern, die während ihres Erwerbslebens weniger als 30 Rentenpunkte angesammelt

haben, sind die verwendeten Daten zwar unvollständig. Die Demografen betonen jedoch, dass es sich hierbei um verhältnismäßig kleine Gruppen handele, die die Aussagekraft des Ergebnisses nicht beeinflussten. Zudem seien die Zahlen der Rentenversicherung die einzigen verfügbaren Daten in Deutschland, mit denen sich sowohl der sozioökonomische Status als auch die Sterblichkeit zuverlässig erfassen lassen. Sie liefern damit auch die einzige verlässliche Antwort auf die eingangs aufgeworfenen Fragen nach dem Verhältnis von Lebenszeit und sozialem Status.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Domantas Jasilionis

Glossar:

Einteilung nach Rentenpunkten:

Die Anzahl der Rentenpunkte wird aus dem Verhältnis von persönlichem Einkommen und dem Durchschnittseinkommen eines Jahres berechnet. Bei einem Einkommen, das über dem Durchschnitt liegt, gibt es mehr als einen Rentenpunkt pro Jahr, wenn es darunter liegt, weniger als einen. Die Zahl der Rentenpunkte berechnet sich also danach, ob ein Mann über- oder unterdurchschnittlich verdient hat und wie viele Jahre er erwerbstätig war. Männer, die im Laufe ihres Berufslebens weniger als 30 Rentenpunkte erworben haben, wurden von der Analyse ausgeschlossen. Zum einen enthält diese Gruppe zwar tatsächlich Menschen, die extrem wenig verdienen haben. Gleichzeitig handelt es sich aber um eine sehr heterogene Gruppe, weil sie auch Rentner umfasst, die über zusätzliches Einkommen zum Beispiel aus Kapitalerträgen oder selbstständiger Arbeit verfügen und daher die Ergebnisse stark verzerren könnten.

Literatur

Kibele, E.U.B., Jasilionis, D. and Shkolnikov, V.M. : Widening socioeconomic differences in mortality among men aged 65 years and older in Germany. *Journal of Epidemiology and Community Health* 67(2013)5, 453-457.

Altersstandardisierte Sterberate	Lebenseinkommen		Altersstandardisierte Sterberate	Beschäftigungsart	
	niedrig	hoch		Arbeiter	Angestellter
Westdeutschland					
1995-96	792	546	1995-96	764	620
2007-08	710	404	2003-04	752	528
Ostdeutschland					
1995-96	927	626	1995-96	825	720
2007-08	776	374	2003-04	740	569
Deutschland					
1995-96	813	564	1995-96	775	641
2007-08	720	396	2003-04	751	536

Tab. 1: Die Tabelle zeigt, wie hoch die Sterberate (pro 100.000 Menschen) in der jeweiligen Einkommensgruppe bzw. Beschäftigungsgruppe ist. Quelle: Eigene Berechnungen, Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung: FDZ-RV—SUFRTBNRTWF93-D8TDemoKibe

Elterngeld

Alles nur Berechnung?

Wenn Väter in Elternzeit gehen, stecken dahinter oft auch materielle Überlegungen

Als Ursula von der Leyen im Jahr 2007 das Elterngeld einführte, beabsichtigte die damalige Bundesfamilienministerin unter anderem, Väter verstärkt in die Betreuung ihrer Babys einzubinden. Die Soziologin Heike Trappe von der Universität Rostock hat jetzt erstmals untersucht, was Männer dazu bewegt, länger als nur zwei Monate in Elternzeit zu gehen.

Wenn Väter Elterngeld beantragen, tun sie das womöglich nicht in erster Linie, weil sie mehr Zeit mit ihrem Baby verbringen wollen. Vielmehr spielen ökonomische Abwägungen bei der Entscheidung für oder gegen die Elternzeit des Mannes eine wichtige Rolle. Das berichtet Heike Trappe vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels in der Zeitschrift für Soziologie. Erst wenn es um die Frage ginge, wie lange der Partner eine berufliche Auszeit nehme, kämen auch andere Faktoren vermehrt zum Tragen, schreibt die Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Familiendemografie. So würden Väter im Schnitt länger Elterngeld beziehen, wenn die Mutter des gemeinsamen Kindes beruflich selbstständig

sei oder eine Ausbildung absolviere. Auch eine größere Anzahl von Kindern habe diesen Effekt.

Ende 2006 hatte die Bundesregierung das sogenannte Erziehungsgeld abgeschafft und durch das Elterngeld ersetzt. Für werdende Eltern hatte die Gesetzesänderung vor allem zwei Dinge zur Folge. Zum einen ist das Elterngeld anders als das Erziehungsgeld an das Einkommen gekoppelt, das in dem Jahr vor der Geburt des Kindes erzielt wurde. Es kann somit zwischen 300 und 1800 Euro monatlich variieren. Zum anderen kann ein Paar nur dann die volle Bezugsdauer von 14 Monaten ausschöpfen, wenn beide Partner mindestens zwei Monate lang Elterngeld beziehen. Stellt nur einer der beiden Partner den Antrag, wird das Geld maximal 12 Monate lang gezahlt.

Heike Trappe geht in ihrer Studie insbesondere zwei Fragen nach. Erstens untersucht sie, welche Männer überhaupt Elterngeld beantragen. Zweitens beschäftigt sie sich als erste Wissenschaftlerin überhaupt mit der Dauer des väterlichen Elterngeldbezuges und den Faktoren, die diese beeinflussen. Dafür griff sie auf drei verschiedene Datensätze zurück. Im ersten, der den Titel „Junge Familien 2008“ trägt, hat das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsinstitut (RWI) Essen bundesweit Frauen zu den Themen Elterngeld und Elternzeit befragt. Alle Teilnehmerinnen hatten im ersten Quartal 2007 ein Kind bekommen und lebten mit einem männlichen Partner zusammen. Die beiden anderen Datensätze stammen von den Elterngeldstellen Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins. Deren Daten beziehen sich auf alle Kinder, für die in den Jahren 2007 bis 2009 Elterngeld beantragt wurde.

Den Angaben der RWI-Erhebung zufolge stellten 34 Prozent der Eltern einen Partnerantrag. Hatte die Frau in dem Jahr vor der Geburt mehr Geld als ihr Mann verdient, erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit des väterlichen Antrags – verglichen mit der Situation, dass beide Partner ein ähnliches Einkommen erzielt hatten – um durchschnittlich 15 Prozentpunkte (s. Tab. 1). Hatte hingegen der Mann mehr verdient, sank die Wahrscheinlichkeit um 8 Prozentpunkte. In Westdeutschland waren beide Effekte stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Darüber hinaus begünstigte eine hohe Bildung des Paares oder eine höhere

Bildung des Mannes den väterlichen Bezug von Elterngeld.

Die Daten aus den beiden Bundesländern hätten die Ergebnisse der RWI-Analyse bestätigt, berichtet Trappe (s. Abb. 1). Allerdings habe sich hier ein weiterer Effekt bemerkbar gemacht: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Mann Elterngeld bezieht, ist deutlich höher, wenn die Frau vor der Geburt beruflich selbstständig oder noch in Ausbildung war. „Dies signalisiert eine besondere Unterstützung durch den Mann in diesen Lebenssituationen“, schreibt Trappe.

Schaute sich die Forscherin die Dauer der beruflichen Auszeit an, zeigte sich zunächst, dass mehr als 90 Prozent der Eltern, die einen Partnerantrag gestellt hatten, die maximale Länge von 14 Monaten voll ausschöpften. Dabei entwickelte sich sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Schleswig-Holstein ein sehr einheitliches Muster, bei dem die Frau zwölf Monate und der Mann zwei Monate lang Elterngeld bezieht. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Vater länger als zwei Monate zuhause bleibt, steigt unter anderem mit der Anzahl der Kinder. Gründe hierfür könnten positive Erfahrungen sein, die die Männer beim ersten Kind gemacht hätten, spekuliert Trappe. Womöglich würden die Frauen ihren Partnern bei der Betreuung weiterer Kinder aber auch einfach mehr zutrauen.

Autorin der wissenschaftlichen Studie:
Heike Trappe

Literatur

Trappe, H.: Väter mit Elterngeldbezug: Nichts als ökonomisches Kalkül? Zeitschrift für Soziologie 42(2013)1, 28-51.

Region des Wohnorts (Ref. Westdeutschland)	AME
Ostdeutschland	0,08
Altersgruppe des Mannes	
unter 30 Jahre	-
30 bis 34 Jahre	0,08
35 Jahre und älter	0,12*
Schulbildung der Partner	
beide Hauptschulabschluss	0,06
beide Realschulabschluss	-
beide Abitur und/oder Studium	0,18*
höherer Abschluss der Frau	0,07
höherer Abschluss des Mannes	0,08
Erwerbstätigkeit beider Partner ein Jahr vor der Geburt	
beide erwerbstätig	-
beide nicht erwerbstätig	0,01
Mann erwerbstätig, Frau nicht	-0,11
Frau erwerbstätig, Mann nicht	0,18
Relation der Nettoeinkommen im Jahr vor der Geburt	
beide etwa gleiches Einkommen	-
Frau verdient mehr	0,15*
Mann verdient mehr	-0,08*

Tab. 1: Determinanten eines bewilligten Partnerantrags in Deutschland. Der AME (Average Marginal Effect) bezeichnet den durchschnittlichen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit eines solchen Antrags. Ein Beispiel: Wenn Paare in Ostdeutschland leben, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu westdeutschen Paaren um 8 Prozentpunkte. Ein Stern hinter dem AME zeigt an, dass das Ergebnis signifikant ist (10%-Niveau). Stichprobengröße: 1865 Personen. Quellen: Befragung „Junge Familien 2008“, eigene Berechnungen.

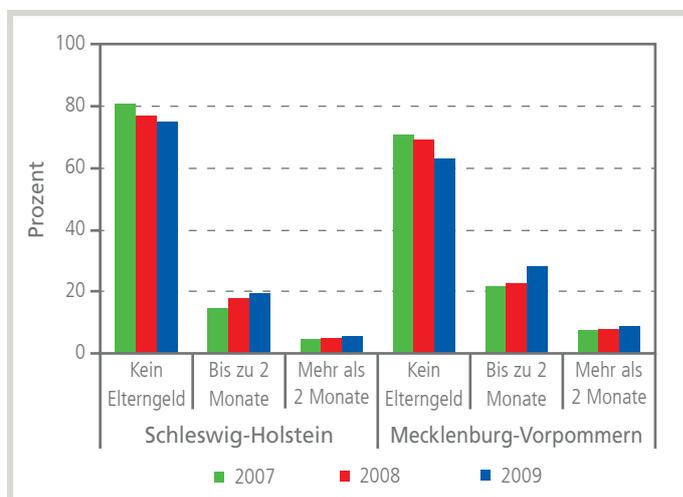


Abb. 1: Dauer des Elterngeldbezugs bei Vätern in Paarhaushalten. Quellen: Landesamt für Gesundheit und Soziales, MV; Landesamt für soziale Dienste, SH; eigene Berechnungen.

Geburtenrate

Familienpolitik braucht einen langen Atem

Effekte auf die Geburtenrate sind langfristig und benötigen eine kohärente Politik

Mehr als ein Viertel aller 0- bis 3-jährigen Kinder ging im Jahr 2012 in eine Krippe oder zu einer Tagesmutter. Damit hat sich die Betreuungsrate in Deutschland innerhalb von fünf Jahren etwa verdoppelt. Weil die Geburtenrate im gleichen Zeitraum trotzdem stagnierte, wird oft über die Wirkungslosigkeit solcher familienpolitischen Maßnahmen diskutiert. Zu Unrecht, meint Martin Bujard vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) und fordert mehr Geduld und die Beachtung der anderen familienpolitischen Ziele.

Warum werden in Island durchschnittlich 2,14 Kinder pro Frau geboren, während es in der Slowakischen Republik lediglich 1,32 sind? Um die Unterschiede bei den Geburtenraten zu erklären, werden oftmals die Familienpolitik und die Situation am Arbeitsmarkt in den jeweiligen europäischen Ländern als wichtige Faktoren genannt. Für Deutschland müsste sich demnach ein recht eindeutiges Szenario ergeben: Denn während die Familienpolitik erheblich modernisiert wurde, ging gleichzeitig auch die Arbeitslosenrate – entgegen dem europäischen Trend – zurück. Die Geburtenrate aber hat sich dennoch kaum verändert. Seit Mitte der 90er Jahre pendelt sie zwischen 1,32 und 1,38 Kindern pro Frau. Hat die Familienpolitik also gar keinen Einfluss auf die Geburtenrate, wie Kritiker des gängigen Erklärungsansatzes monieren? Doch, hat sie, meint Martin Bujard vom BiB in Wiesbaden. Er hat für ein internationales Fachmagazin eine Fallstudie zur deutschen Familienpolitik und möglichen Auswirkungen auf die Geburtenrate geschrieben und warnt vor vorschnellen Schlüssen. Denn im Gegensatz zur Zentralbank, die über die Zinsgestaltung unmittelbaren Einfluss auf den Markt nehmen kann, brauche es in der Familienpolitik viel mehr Zeit, bis Maßnahmen wirkten. Schließlich lägen der Entscheidung für oder gegen ein Kind nicht nur ökonomische Motive zugrunde.

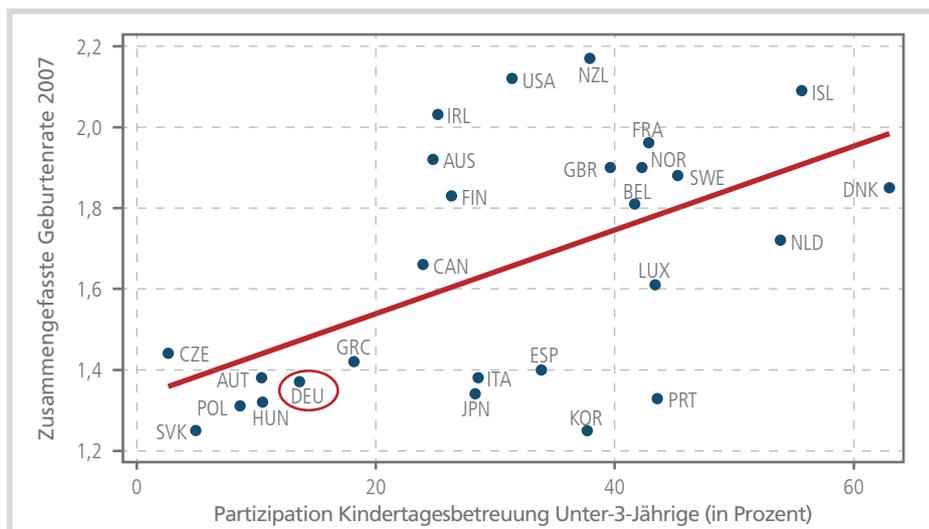


Abb. 1: Das Streudiagramm zeigt den Zusammenhang zwischen Kinderbetreuung und Geburtenrate (nachweisbar im Längs- und Querschnitt in multivariaten Analysen). Dass der aktuelle Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland nicht zu einem sofortigen Anstieg der Geburtenrate geführt hat, ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass eine gute Betreuungssituation die Entscheidung für oder gegen ein Kind nur zeitverzögert beeinflusst. Quelle: OECD 2010a, 2010c.

Dennoch haben die Reformen der letzten Jahre einiges verändert: War die Familienpolitik früher hauptsächlich auf finanzielle Unterstützung ausgerichtet, so wird heute stärker in den Ausbau familienfreundlicher Infrastruktur investiert, und es werden Auszeiten für junge Eltern geschaffen. Neben dem einkommensabhängigen Elterngeld, das bis zu 14 Monate bezahlt wird, ist hier vor allem der Ausbau der Kindertagesstätten und der Ganztagschulen zu nennen. Allerdings, so bemerkt Bujard, gibt es noch erhebliche regionale Unterschiede: Während der Anteil der betreuten Unter-3-Jährigen in den ostdeutschen Ländern bei 35 bis 55 Prozent liegt, wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 nur 8,7 Prozent erreicht. Bei den Ganztagschulen sind die Unterschiede sogar noch gravierender: In Bayern machen sie nicht einmal 5 Prozent aus, in Sachsen bieten fast 70 Prozent der Schulen eine Ganztagsbetreuung an.

Neben den sehr starken regionalen Unterschieden sorgt auch die finanzielle Förderung der Familien für eine gewisse Uneinheitlichkeit: Denn während das Elterngeld und der Ausbau der Betreuungsplätze die Einbindung des Mannes in die Erziehung sowie einen schnellen Wiedereinstieg der Frau in den Job fördern, unterstützt das so genannte Ehegattensplitting das alte Modell aus Ernährer und Hausfrau. Eine breite, kohärente Reform der Familienpolitik ist durch die institutionelle Vielfalt eine Herkulesaufgabe. Die Kompetenzen sind nicht nur vertikal – also zwischen Bund, Bundesländern und Kommunen – verteilt. Auch horizontal sind die Zuständigkeiten bei unterschiedlichen Bundesministerien angesiedelt.

In diesen Widersprüchen und regionalen Unterschieden sieht Martin Bujard einige der Gründe, warum sich die Reformen der Familienpolitik noch nicht in der Geburtenrate niederschlagen. Darüber hinaus, so der Politikwissenschaftler, brauche es schlichtweg Zeit, bis Reformen in der Gesellschaft ankommen. Der Zusammenhang zwischen familienpolitischen Maßnahmen und einer Veränderung der Geburtenrate ist im Ländervergleich dann am stärksten zu sehen, wenn ein 20-Jahres-Intervall untersucht wird.

Ganz allgemein zeigt sich seit den 90er Jahren, dass die Geburtenrate vor allem in jenen Ländern hoch ist, in denen es eine großzügige Kinderbetreuung, ein hohes Bruttoinlandsprodukt, eine niedrige Arbeitslosenrate und bestimmte Einwanderergruppen gibt. Dazu spielt die historisch-kulturelle Prägung eine wichtige Rolle.

Der Forscher sieht die Familienpolitik Deutschlands mitten in einem epochalen Reformprozess. Er warnt davor, dass Effekte auf die Geburtenrate zur Bewertung der familienpolitischen Maßnahmen herangezogen werden. Denn die sollten keine rein demografischen Instrumente sein, sondern primär das Wohl des Kindes und der Eltern zum Ziel haben, so Bujard.

Autor der wissenschaftlichen Studie:
Martin Bujard

Literatur

Bujard, M.: Family policy and demographic effects: the case of Germany. *Demográfia: English Edition* 54(2011)5, 56-78.

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

in Kooperation mit

- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Anke Brodmerkel, Tomma Schröder

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Janek Pilzecker

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.